

1 **Resolution:** Unsere entschlossene Antwort: Solidarität und eine neue Kultur der Resilienz
2 **Antragsteller:** SPD-Kreisvorstand Rhein-Neckar
3 **Empfänger:** SPD-Kreisparteitag Rhein-Neckar
4

5 Die SPD hat mit ihrem Beschluss auf dem Heidelberger Parteitag von 1925 deutlich ge-
6 macht, dass sie dem Europa der Kriege, der Vertreibungen und der Unfreiheit die „Vereinigt-
7 ten Staaten von Europa“ entgegensetzt. Unser Europa ist das der Demokratie, der Freiheit
8 und der Humanität. Auf dem Weg dahin hat die SPD stets auf internationale Kooperation
9 und Dialog gesetzt – und so eine stabile Friedensordnung geschaffen, in der die Deutsche
10 Einheit gelingen konnte. Diese internationale Friedensordnung hat Wladimir Putin mutwil-
11 lig zerstört. Er bricht nicht nur das Völkerrecht, sondern gefährdet die friedliche Verständi-
12 gung und Koexistenz der Völker in Europa und der Welt.
13

14 Die SPD hat sich nie um Verantwortung gedrückt.

15 Die entschlossene Antwort der SPD Rhein-Neckar lautet: Solidarität und eine neue Kultur
16 der Resilienz.
17

18 Wir sind solidarisch mit der Ukraine

19 Die SPD Rhein-Neckar verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg von Wladimir Putin
20 gegen die Ukraine. Wir stehen entschieden auf der Seite der freiheitlichen Demokratie und
21 an der Seite der Ukraine. Der von der russischen Regierung alleine zu verantwortende Krieg
22 mitten in Europa ist eine Katastrophe für die Menschen vor Ort und für unser freiheitliches
23 und demokratisches Europa. Den Menschen, die in Russland gegen das Regime und diesen
24 Krieg ihre Stimme erheben, gehört unser Respekt.

25 Mitten in Europa leiden Frauen, Kinder und Männer unter einem Krieg, den sie weder ge-
26 wollt noch zu verantworten haben. Sie bangen und trauern um das Leben ihrer Angehöri-
27 gen, die sich dem Aggressor tapfer in den Weg stellen und damit auch unsere europäischen
28 Werte verteidigen. Der Ukraine und ihren Menschen gebührt unser aller Solidarität.

29 Die von der SPD-geführten Bundesregierung gemeinsam mit unseren internationalen Part-
30 nern verhängten wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland waren ein wichtiger und wir-
31 kungsvoller Schritt, mit dem der wirtschaftliche Druck auf Putin steigt. Um soziale Verwer-
32 fungen zu vermeiden, unterstützt die SPD Rhein-Neckar die Position der Bundesregierung,
33 den Energieimport breiter abzusichern. Die nächsten Schritte Putins sind jedoch auch wei-
34 terhin nicht vorhersehbar, seine Reaktionen auf westliche Aktionen unberechenbar. Aus
35 diesem Grund ist ein besonnenes und wohlüberlegtes Handeln Deutschlands in enger Ab-
36 stimmung mit seinen Verbündeten von immenser Bedeutung. Für eine solche Politik steht
37 die SPD-geführte Bundesregierung und allen voran Kanzler Olaf Scholz. Kriegstreiberei, par-
38 teipolitische Schachzüge und voreilige Schritte sind brandgefährlich und vollkommen fehl
39 am Platz.
40

41 Geflüchtete sind willkommen

42 Die Menschen, die aus der Ukraine flüchten mussten, sind bei uns in der Rhein-Neckar-Re-
43 gion herzlich willkommen. Wirklich lindern kann das Leid der Menschen niemand, aber wir
44 können durch solidarisches Handeln zeigen, dass man hier sicher ist und unterstützt wird.
45 Wir treten für eine gute Wohnraumversorgung, einen raschen Zugang zum Arbeitsmarkt
46 und zu Bildungseinrichtungen sowie kostenfreien Zugang zur Mobilität ein. Das Land ist
47 aufgefordert den Kommunen einen zusätzlichen Fonds und rechtliche Rückendeckung bei

48 pragmatischen Lösungen zur Bewerkstelligung ihrer Aufgaben zu geben. Für uns Sozialde-
49 mokrat*innen steht diese Europäische Solidarität im Einklang mit der generellen humanen
50 Verantwortung für Menschen, die von Gewalt und Krieg bedroht sind.

51 52 Deutschland braucht eine neue Kultur der Resilienz

53 Der völkerrechtswidrige Krieg mahnt uns, unsere Demokratie zu schützen, indem wir sie
54 stark machen. Die SPD hat in den vergangenen Jahren in Ressortverantwortung erfolgreich
55 für den Zusammenhalt und Fortschritt in Deutschland kämpfen können. Die SPD-geführte
56 Regierung muss nun mit aller Kraft weiter für einen handlungsfähigen, aktiven Staat arbei-
57 ten und für eine neue Kultur der Resilienz eintreten.

58 Wir brauchen eine Bundeswehr, die in der Lage ist, unsere Demokratie und unsere europä-
59 ischen Werte zu verteidigen. Es darf kein Zweifel daran bestehen, dass Deutschland dazu
60 fähig ist, unseren Bündnispartner*innen uneingeschränkt beizustehen. Aus Respekt vor ih-
61 rem Dienst für unsere Freiheit und Demokratie, müssen wir unseren Soldat*innen die best-
62 mögliche und sicherste Ausstattung gewährleisten. Das von Bundeskanzler Olaf Scholz ein-
63 gebrachte Sondervermögen von 100 Milliarden Euro im Grundgesetz zu verankern, begrü-
64 ßen wir deshalb.

65 In dieser neuen Kultur der Resilienz stellen wir den Anspruch an unsere Demokratie, krisen-
66 fest zu sein und auf belastbare staatliche Strukturen zurückgreifen zu können. Nur wenn
67 wir ausreichend in gesicherte, nachhaltige Energieversorgung, Bildungs- und Betreuungsg-
68 einrichtungen, Gesundheitsstrukturen, soziale Sicherheit und Wohnungsbau investieren,
69 ist unser Land auch krisenfest. Wir wollen den Kreislauf beenden, dass erst in Krisenzeiten
70 deutlich wird, welche staatlichen Bereiche bereits vor der Krise nicht ausreichend finanziert
71 waren.

72 73 Die Europäische Souveränität ist unser Ziel

74 Die SPD Rhein-Neckar bekennt sich zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ – wir wollen
75 ein souveränes Europa. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union stehen seit dem ers-
76 ten Kriegstag geschlossen und entschlossen wie nie zusammen. Sie stellen sich dieser his-
77 torischen Herausforderung gemeinsam und haben rasch gehandelt - humanitär, diploma-
78 tisch und wirtschaftlich. Die EU beweist in dieser existenziellen Krise ihre Handlungsfähig-
79 keit und ihre Verlässlichkeit. Diesen europäischen Weg wollen wir weitergehen, denn auch
80 die Bürger*innen der Europäischen Union zeigen, wie entschlossen sie diesem Angriff auf
81 die Freiheit Europas entgegenstehen.

82 Das muss jetzt auch in der Außen- und Sicherheitspolitik mit einem europäischen Außen-
83 ministerium, einer parlamentarisch kontrollierten europäischen Armee und einer gestärk-
84 ten europäischen Verteidigungsunion sichtbar werden. Wir wollen das Miteinander in der
85 Union stärken.

86 Unabhängig davon sehen wir die transatlantische Beziehung als wichtiges Band für den
87 Schutz von Stabilität und Demokratie in ganz Europa.

88 Die EU muss den Ländern Europas, die noch nicht Mitglied der EU sind, in einem beschleu-
89 nigten Verfahren eine Beitrittseinladung aussprechen. Ziel muss es sein, dass bereits die
90 Europawahl 2024 die „Wahlen der Europäischen Wiedervereinigung“ werden und wir ge-
91 meinsam mit den Ukrainer*innen und allen anderen Europäer*innen, die dies wollen, ein
92 Parlament wählen. Das bei dieser Wahl gewählte Europäische Parlament soll ein Mandat
93 erhalten, noch in diesem Jahrzehnt die Verfassung für ein souveränes Europa zu erarbeiten.